

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Grenzen setzen

Bundesrat Christoph Blocher ist überzeugt: «Wer keine Grenzen setzt, handelt unverantwortlich.»

Seite 4



Demokratische Einbürgerungen

«Wir kämpfen gegen die Aushöhlung der Volksrechte», sagt Nationalrat Rudolf Joder.

Seite 9



Interview

Dr. Paul Ehinger über die Medienlandschaft Schweiz.

Seite 11

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 4/2007

Falsche Grosszügigkeit

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident

Seite 3

Ja zur 5. IV-Revision

Nationalrat Toni Bortoluzzi

Seite 6

UNO-Beiträge treiben ins Uferlose

Nationalrat Felix Müri

Seite 7

Hände weg von unserem Steuersystem

IG Waldstätten

Seite 8

Korrektheit ist kein Wegweiser

Nationalrat Hans Kaufmann

Seite 10

Weniger Vorschriften

Nationalrat Ernst Schibli

Seite 14

Reklame

Zinnbecher, Pokale, Medaillen, Ehrenpreise



www.zinnartikel.ch
Tel. 079 603 40 20

Zuhause in allen Medien



ztprint ZOFINGER TAGBLATT
ztonline WIGGERTALER
Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

Missbrauch: Diebstahl am Steuerzahler

Der Missbrauch unserer Sozialwerke wurde während langer Zeit geleugnet. Dann heruntergespielt oder als Schlaumeierei verharmlost. Wer aber ein Sozialwerk missbraucht, eignet sich Geld an, das ihm nicht gehört. Er nimmt fremdes Geld – er nimmt Ihr Geld. Missbrauch ist wie Diebstahl. Deshalb muss Missbrauch in jeder Form gestoppt werden.

Weiter Seite 5

Missbrauch

STOPPEN



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12×/Jahr

Chefredaktor: Matthias Müller

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

ztprint/Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren.

Ab nur 140 Franken sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

Falsche Grosszügigkeit fördert grosse Falschheit



Wir haben am vergangenen 24. September über die Verschärfung des Asylrechts abgestimmt. Die Verbesserung war dringend notwendig geworden, weil der Missbrauch unseres Asylrechts immer drastischere Formen angenommen hatte. Jetzt werden wir am kommenden 17. Juni über die Revision der Invalidenversicherung abstimmen. Auch diese Anpassung ist notwendig, weil der Missbrauch immer eklatanter wird.

Die beiden Abstimmungen haben also einen engen Zusammenhang. Es geht um unsern Staat und seine Institutionen, die nach den Sozialräumen weltfremder Gutmenschen konzipiert worden sind. Und es geht um den harten Zusammenprall von Wunsch und Wirklichkeit. Die Schweiz hätte sozialer werden sollen, doch sie begünstigte Asoziale.

Denn in der realen Welt gibt es Unehrliche und Profiteure. Unsere Sozialwerke sind genauso anfällig für Betrug, wie es unser Asylrecht war. Die Folge hier wie dort: Missbrauch im grossen Stil.

Wer die Realität ohne ideologische Verzerrung wahrzunehmen vermag, muss feststellen: **Falsche Grosszügigkeit fördert grosse Falschheit, fördert Lug und Betrug, fördert den Missbrauch – sei es beim Asylrecht, sei es bei den Sozialwerken.**

Linke Sozialarbeiter und Politiker machen es den Abzockern einfach. Auch hier gilt: Gelegenheit macht Diebe. Das macht den Diebstahl natürlich nicht minder verwerflich. Aber die Schuld trifft hier doch auch diejenigen, die den Diebstahl wieder

und immer wieder zulassen und verharmlosen. Untätig bleiben und schönreden bedeutet akzeptieren, dass Rentendiebe auf Kosten ihrer Mitmenschen leben. Das ist verwerflich und zutiefst unsozial.

Wir wollen die Sozialwerke für die wirklich Bedürftigen sichern. Wir wollen verhindern, dass die Fleissigen für die Faulen arbeiten müssen. Wir wollen die Schweiz wieder gerechter machen. Darum heisst unsere wichtigste Aufgabe: Missbrauch verhindern. Die 5. IV-Revision ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung – so notwendig, wie es die Verbesserung des Asylrechts war. Stimmen Sie deshalb JA zur IV-Revision.

Ihr Nationalrat Ueli Maurer

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Eine informative, aktuelle und lebendige Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP auf dem Laufenden zu halten. Die SVP redet Klartext. Die **Parteizeitung «SVP-Klartext»** macht das auch. Die Produktion und der Vertrieb von «SVP-Klartext» sind mit Kosten verbunden, welche gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund erlauben wir uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein zu überreichen. Sie haben so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Parteizeitung «SVP-Klartext».

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Sollte der Einzahlungsschein in dieser Zeitung fehlen, verwenden Sie bitte folgende Bankverbindung:

Bank:
UBS AG, 8098 Zürich
Postkonto:
80-2-2
Zu Gunsten Konto:
CH67 0023 5235 8557 0004 M
Begünstigter:
Schweiz. Volkspartei, 3001 Bern

(Zahlungszweck:
Parteizeitung SVP-Klartext)



Am 24. Februar fand in der Mehrzweckhalle Frutigen BE der jährliche SVP-Jasscup statt. Über 400 Teilnehmende spielten mit zugelosten Partnern «Schieber». Jasskönigin wurde **Helga Stähli aus Bülach** ZH. Nationalrat Bruno Zuppiger überreichte der strahlenden Siegerin den begehrten Wanderpokal. Die SVP gratuliert der Jasskönigin herzlich und dankt dem SVP-Amtsverband Frutigen unter Leitung von Nationalrat Hansruedi Wandfluh für die perfekte Organisation des Jasscups.

Bundesrat Christoph Blocher

Wer keine Grenzen setzt, handelt unverantwortlich



Im März ist die Verordnung über die Integration von Ausländern in die Vernehmlassung geschickt worden. Die Reaktionen in den Medien erfolgten nach dem bekannten Muster: Von einer «Peitsche» war die Rede, von «Zwang» und davon, dass man Verständnis haben müsse und das Problem im Dialog lösen soll. Dabei ist in vielen Bereichen offensichtlich, dass wir die Früchte einer jahrzehntelangen verfehlten Politik ernten, die für alles Verständnis hat. Die während Jahren geduldeten Missbräuche im Asylwesen und in den Sozialwerken, steigende Ausländer- und Jugendkriminalität sind die Folgen dieser Politik.

Seit 2003 ändert sich das langsam. Die Zahl der Asylsuchenden ist kontinuierlich zurückgegangen. Über den Missbrauch in den Sozialwerken darf man heute wenigstens reden. Und die Behörden haben begonnen, Straftaten nach der Nationalität der Täter zu erfassen. Dabei zeigt sich, worauf die SVP schon lange hingewiesen hat: Ein grosser Teil der in der Schweiz verübten Straftaten wird von Ausländern begangen. Das gilt auch für die Jugendkriminalität. Ausländische Jugendliche sind für

mehr als die Hälfte der beurteilten Fälle von Körperverletzung, Raub und Drohung verantwortlich. Dagegen müssen wir vorgehen.

Ein Grund für die zunehmende und immer brutaler werdende Jugendkriminalität liegt in der mangelnden Integration der Jugendlichen und ihrer Eltern. Sie respektieren unsere rechtsstaatliche Ordnung und die demokratischen Prinzipien, die in der Schweiz gelten, nicht. Sie anerkennen auch unsere grundlegendsten Regeln im gesellschaftlichen Zusammenleben nicht. Das zeigt sich auch daran, dass sich viele weigern, eine unserer Landessprachen zu lernen. Wer die Sprache nicht spricht, kann keine Ausbildung absolvieren und findet auch keine Arbeit. Aber die Leistungen der Sozialwerke kann man in allen möglichen Sprachen beantragen!

Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen die Leute, die in die Schweiz kommen, verpflichten, die Sprache zu lernen und die hierzulande geltenden Regeln zu akzeptieren. Vereinbarungen und Fördermassnahmen reichen dazu nicht aus; es braucht auch Sanktionen. Wer sich

weigert, sich zu integrieren, muss wieder gehen! Wer gegen unsere Rechtsordnung verstösst, wird bestraft. Das gilt auch für Jugendliche. Einen ersten Schritt haben wir mit dem neuen Jugendstrafgesetz gemacht, das seit dem 1. Januar in Kraft ist. Es enthält eine ganze Reihe von Sanktionsmöglichkeiten und sieht auch härtere Strafen vor. Aber wir müssen noch früher ansetzen. Dafür müssen auch die Eltern und die Schulen in die Pflicht genommen werden. Die Eltern müssen wieder mehr Verantwortung wahrnehmen. Die Schulen müssen stärker mit der Polizei zusammenarbeiten, schon bevor es zu Gewaltexzessen kommt und sich ganze Schulhäuser im Ausnahmezustand befinden.

Es geht also nicht darum, «Zwang» auszuüben. Verständnis und Gespräch sind wichtig in der Erziehung und bei der Integration. Wer aber keine Grenzen setzt und durchsetzt, handelt unverantwortlich. Er erzieht und integriert nicht, sondern lässt die Probleme aus dem Ruder laufen. Er fördert Missbrauch und Kriminalität. Das können wir nicht länger tolerieren.

Ihr Bundesrat Christoph Blocher

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Nationalrat Caspar Baader (BL), SVP-Fraktionspräsident

Arbeitsethos statt Plündermentalität

Funktionierende Sozialwerke brauchen eine feste verhaltensethische Grundlage. Bedingung ist eine Übereinkunft, an die sich die ganze Gesellschaft hält: Jeder ergreift seine Lebenschancen, jeder gibt sich Mühe, nach bestem Wissen und Gewissen voranzukommen, Arbeit ist allen eine Selbstverständlichkeit. Wer im Leben Erfolg hat, greift denen unter die Arme, die trotz Anstrengungen scheitern oder denen bei aller Sparsamkeit am Lebensabend das Geld knapp wird. Aber niemand beansprucht Hilfe, der selbst stehen und gehen kann.

Auf diese Übereinkunft wurde die moderne Schweiz gebaut: Fürsorge und Vorsorge für die Alten, Hinterbliebenen, Invaliden und Notleidenden. Alles wurde grosszügig ausgestaltet, überall wurde der Zugang einfach gemacht – denn immer ging man davon aus, dass sich nur die wirklich Bedürftigen melden. Man baute und vertraute auf Ehrlichkeit.

Das geht, solange alle nach Treu und Glauben handeln. Das geht, solange die gesellschaftliche Grundlage gegeben ist: das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Pflichtbewusstsein, die Leistungsbereitschaft und der Stolz, nur im wirklichen Notfall seinen Mitmenschen zur Last zu fallen. Als in der Schweiz die Sozialwerke geschaffen wurden, 1947 die AHV und 1960 die IV, da rechnete man noch mit dem traditionellen Arbeitsethos und einem, nicht zuletzt durch die Schicksalsprüfung des Aktivdienstes geförderten, Gemeinschaftsverständnis.



Mittlerweile ist diese Grundlage weggebrochen. Die 68er-Generation verlachte die angestammten Werte des Schweizlers. Sie predigte Selbstverwirklichung statt Pflichtgefühl. Eine egoistische und multikulturelle Gesellschaft ist an die Stelle der Gemeinschaft Schweiz getreten. Seither verbreitet sich die Plündermentalität der Sozialabzocker. Die Hemmungen, auf Kosten anderer zu

leben, die Scham, ein Schlitzohr oder Taugenichts zu sein, ist sowohl der linken als auch der importierten Trittbrettfahrgesinnung fremd. Es wächst eine Generation der «hohlen Hand» heran und schon wird davon gesprochen, dass die Sozialhilfeabhängigkeit von den Eltern auf ihre Kinder «vererbt» wird («20 Minuten» vom 12. April 2007).

Ausländer beziehen bei einem Bevölkerungsanteil von 21 % über 40 % der IV-Leistungen, über 43 % der Arbeitslosen sind Ausländer und die Sozialhilfequote liegt bei Ausländern drei Mal höher als bei Schweizern. In gewissen Kreisen gilt: Wer arbeitet und Steuern zahlt, ist selber schuld;

wer zurücklehnt und sich aushalten lässt, ist hingegen der Clevere. Gerissenheit statt Beflissenheit ist das Motto.

Damit ist der ursprüngliche Solidaritätsgedanke pervertiert. Die Sozialwerke sind nicht mehr Solidaritätswerke: Sie dienen in erster Linie nicht den Bedürftigen. Sie wirken als Umverteilungsmaschinerie. Sie garantieren eine arbeitsfreie Existenz. Und damit fördern sie nicht wie beabsichtigt den Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern sie ermöglichen den Bequemen den Ausstieg daraus.

Solche Zustände sind unhaltbar. Die Sozialwerke wurden gegründet, um die Schweiz gerechter zu machen. Heute machen sie die Schweiz ungerechter. Sie bestrafen die Tüchtigen und belohnen die Arbeitsscheuen und Faulen. Dieser Missbrauch muss ein Ende haben.

Die 5. IV-Revision verspricht Verbesserungen. Allerdings braucht es weitere und weitergehende Reformen, um den Missbrauch wirksam zu unterbinden. Vor allem braucht es einen grundsätzlichen Wandel in Politik und Gesellschaft: Arbeit und Selbstverantwortung müssen wieder den Stellenwert erhalten, den sie einst hatten. Denn sie haben aus dem armen Agrarstaat Schweiz eines der reichsten Länder der Welt gemacht.



© Carl Durocher – FOTOLIA

**ZUPPIGER
& PARTNER**
Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013, 8021 Zürich
Telefon 044 226 15 15, Fax 044 226 15 25
E-Mail: info@zuppigerpartner.ch
www.zuppigerpartner.ch

Büro Hinwil:
Bruno Zuppiger
Rebhaldenstrasse 10, 8340 Hinwil
Telefon 044 937 34 57
Fax 044 977 23 90

- Beratung für Klein- und Mittelbetriebe
- Kaderselektion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen
- Immobilien-Management und Immobilienverwaltung

Nationalrat Toni Bortoluzzi (ZH)

Ja zur 5. IV-Revision

Die IV ist seit ihrem Bestehen (1960) laufend mit einer Zunahme der Rentnerzahl konfrontiert. Die Entwicklung ist also nicht allein den wirtschaftlich schwierigen 90er-Jahren zuzuschreiben. Das Ausmass der Entwicklung hat die Bevölkerung sensibilisiert. Trotz Erhöhung der Lohnabgabe und dem Geldtransfer von der Erwerbsersatzkasse in die IV von insgesamt etwa 20 Milliarden Franken seit 1990 hat sich das Problem des finanziellen Defizits nicht gelöst. Im Gegenteil, die Beanspruchung der IV hat zugenommen und die jährlichen Defizite sind angewachsen.

Es war darum nicht erstaunlich, dass die Bevölkerung eine MwSt.-Erhöhung zu Gunsten der IV im Jahre 2003 deutlich abgelehnt hat. Der damit verbundene Ruf nach Überprüfung der Arbeit der IV war unüberhörbar. Die Wahrnehmung von Fällen, die aus unerfindlichen Gründen Rentenbezüger der IV geworden sind, hat Wirkung gezeigt.

Als Resultat von Untersuchungen der IV können folgende Problemfelder genannt werden. Die Zusprechung von Renten erfolgt auch entgegen der klaren gesetzlichen Grundlage auf unklaren gesundheitlichen Einschränkungen Betroffener. Das heisst, der medizinische Nachweis der Erwerbsunfähigkeit fehlt ganz oder teilweise.

Als zweiter bedeutender Punkt ist festzustellen, dass die Erhaltung des Arbeitsplatzes bei gesundheitlicher Einschränkung vernachlässigt wird. Die IV-Stellen verfügen zurzeit nicht über die Instrumente, die diesen offensichtlichen Missstand beheben können. Es ist zudem offensichtlich, dass der Eingliederung betroffener IV-Rentner zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Die dafür notwendigen intensiven Kontakte der IV-Stellen mit den Betrieben, der Wirtschaft generell, sind ungenügend.

Die Mängel sind offen zu Tage getreten und die notwendigen Massnah-



men sind in die Wege geleitet. Bereits realisiert ist eine koordinierte medizinische Beurteilung der Antragsteller. Nachdem bis vor kurzem die einzelnen Hausärzte mehr oder weniger abschliessend die gesundheitliche Beurteilung vorgenommen haben, ist heute ein regionaler ärztlicher Dienst eingerichtet, der für eine einheitliche Beurteilung garantiert. Die politische Diskussion, welche unter dem Titel «Scheininvalidität» geführt wurde, hat zudem zu einem restriktiveren Zugang zur IV-Rente geführt. Die Reduktion der Zahl der Neurentner in den vergangenen drei Jahren spricht eine deutliche Sprache.

Nebst dieser Massnahme ist nun mit der 5. IV-Revision vorgesehen, die Zahl der IV-Rentner um weitere 20 Prozent zu senken. Arbeit statt Rente ist das Ziel und das Kernstück dieser Revision. Dazu ist ein System zur Früherfassung und Frühintervention vorgesehen. Das bisher von der IV geführte Verfahren hat in der Regel erst nach über einem Jahr eingesetzt. Neu soll die IV bereits nach zwei Monaten gesundheitlicher Schwierigkeiten von Betroffenen einbezogen werden. Damit kann der

vorzeitige Verlust des Arbeitsplatzes verhindert werden. Arbeitgeber werden zudem verpflichtet, mit der IV zusammenzuarbeiten. Ausserdem sind in diesem Bereich auch Ausweitungen der beruflichen Eingliederungsmassnahmen geplant. Es sollen Anreize geschaffen werden, um Betroffenen die Eingliederung zu erleichtern. Eine Anpassung des Taggeldsystems und die Vermeidung von Einkommenseinbussen bei erhöhter Erwerbstätigkeit sollen zu einer Verbesserung beitragen.

Die direkt in der IV-Rechnung wirksamen Massnahmen sind bescheiden. Die Aufhebung der Zusatzrenten und die Streichung des Anspruchs auf Karrierezuschläge sind aber gesellschaftlich vertretbar. Zudem werden medizinische Massnahmen von Geburtsgebrechen neu über die Krankenversicherung abgewickelt.

Die Einsparungen werden in der 5. IV-Revision durch die Investition der Früherfassung aber übertroffen. So wird die Revision in einer ersten Phase zu Mehraufwendungen führen. Allerdings ist die Hoffnung berechtigt, dass innert kurzer Zeit, gute Eingliederungsarbeit der IV-Stellen vorausgesetzt, eine Reduktion der Belastung der Invalidenversicherung mit der 5. Revision verbunden sein wird. Das Ziel der Invalidenversicherung muss es sein, möglichst schnell mindestens zu einer ausgeglichenen Rechnung zu kommen. Nicht nur die Vertreter der SVP, auch Fachleute der IV-Stellen sind überzeugt, dass es möglich ist, mit den heute zur Verfügung stehenden Abgaben die Aufgaben der IV im Interesse der betroffenen behinderten Menschen erfüllen zu können. Die 5. IV-Revision ist ein wichtiger Schritt zu einer zeitgemäss ausgestalteten Sozialversicherung. Behinderte Menschen sind als Bürger ernst zu nehmen und so weit wie möglich in ihrer Verantwortung zu stärken. Die Zeit einer Sozialpolitik, die betroffene Menschen einfach mit Geldleistungen abpeist, sollte der Vergangenheit angehören.

© Franz Pfluegl – FOTOLIA



Werbung

**schreinerei
bortoluzzi**

Betpurstrasse 6, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 044 761 36 46 info@tonibortoluzzi.ch

Türen - Schränke
Innenausbau Veriset-Küchen

Nationalrat Felix Müri (LU)

UNO-Beiträge treiben ins Uferlose

Bereits vor dem Vollbeitritt leistete unser Land beträchtliche freiwillige Zahlungen an die UNO. Seither steigt der Beitrag der Schweiz jährlich um mehrere Millionen. Die Last tragen die Steuerzahler.

Das Schweizer Volk hat immer weniger zu sagen und doch immer mehr zu bezahlen. Dabei sollte der Vollbeitritt zur UNO für die Schweiz doch fast gratis sein. Das behauptete wenigstens der Bundesrat im Vorfeld der Abstimmung vor fünf Jahren. Schon damals äusserten wir von der SVP grosse Bedenken, weil die wahren Kosten nie ans Tageslicht kommen würden. Bereits vor dem Beitritt leistete die Schweiz freiwillige Zahlungen in der Höhe von jährlich 470 Millionen Franken. Der Vollbeitritt würde nur noch 50 Millionen mehr kosten. Hätte der Bundesrat diese Zahl ernst gemeint, wären jegliche Zusatzzahlungen an Blauhelm- oder andere «friedenserhaltende» UNO-Operationen auf alle Zeit ausgeschlossen gewesen. Diese stiegen seit dem UNO-Beitritt aber von rund 8 auf über 90 Millionen Franken an.

700 Millionen – Tendenz steigend

Im Mai 2006 reichte ich bezüglich der Schweizer Zahlungen an die UNO eine Interpellation ein. Fast ein Jahr später kam nun die Antwort des Bundesrates. Sie bringt wenig Über-



raschendes zum Vorschein: Im Jahr 2001 betragen die gesamten Zahlungen an die UNO und ihre Unterorganisationen 516 Millionen, 2002 waren es bereits 591 Millionen. Mit dem UNO-Beitritt stiegen die Zahlungen also um 75 Millionen, 25 Millionen mehr als in Aussicht gestellt. Doch das war erst der Anfang: Im Jahr 2005 betrug der «Obolus» der Schweiz an die UNO 651 Millionen, und heute sind es schon über 700 Millionen Franken. Beträchtliche Summen für ein kleines, neutrales Land wie die Schweiz. Beträchtliche Summen auch an eine Organisation,

die immer mehr an Bedeutung und Einfluss verliert und höchstens noch als Kulisse für Weltgipfel dient. Wenn schon Zusatzzahlungen, dann wenigstens sinnvoll investieren. Ein Zustupf an die Unesco (Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur) oder an das Kinderhilfswerk Unicef bringt der Welt letztlich mehr als der jährlich wiederkehrende Beitrag an die politische UNO.

Schweizer zahlen mehr als Deutsche

Die Kosten der gesamten UNO für die zunehmenden Friedensmissionen (Militäreinsätze in Konfliktgebieten) betragen im Jahr 1998 noch 850 Millionen Dollar. Im Jahr 2000 waren es bereits 2,15 Milliarden. Solche massiven Mehrkosten werden zunehmend durch Sonderbeiträge finanziert. Daran hat sich heute

auch die Schweiz als Vollmitglied zu beteiligen. Bricht man die Schweizer Zahlungen auf den einzelnen Steuerzahler herunter, stellt man fest, dass wir fast das Zweieinhalbfache der Amerikaner und fast das Doppelte der Deutschen bezahlen. Und wozu muss der Steuerzahler bluten? Um profilierungssüchtigen Politikern glänzende Auftritte in New York zu sichern. Als Carla Del Ponte, Chefanklägerin am UNO-Kriegsverbrechertribunal, damals für Spesen und Lohn nahezu eine Million Schweizer Franken jährlich von Bern forderte, war der Bundesrat sofort zur Zahlung bereit. Ein hohes, imagedrängendes UNO-Amt zu ergattern, rechtfertige jeden noch so tiefen Griff in die Tasche des Steuerzahlers, meinte der Bundesrat sinngemäss. Beruhigend zu hören, dass wenigstens die Kosten für die Teilnahme von Schweizer Delegierten in UNO-Gremien aus den bestehenden Dienstreisemitteln der Departemente und deren Dienststellen finanziert werden und mit der UNO-Mitgliedschaft nicht erhöht wurden.

© Adam Przewak – FOTOLIA



Er kam, sah und kritisierte

Der UNO-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, der Senegalese Doudou Diène, kritisiert die Schweiz und die Schweizer. Er ortet «rassistische Tendenzen», einen «tiefen kulturellen Widerstand» gegen Multikulturalismus, insbesondere gegenüber nichteuropäischen Ausländern.

Widerstand gegen den Multikulturalismus ist unser gutes Recht. Hingegen fragt sich, mit welchem Recht Doudou Diène uns kritisiert. Und es stellt sich die Frage, wer seine Reisen finanziert – letztere zumindest lässt sich leicht beantworten: auch wir Schweizer, mit unsern Steuergeldern.

«IG Waldstätten» kämpft gegen die EU

Hände weg von unserem Steuersystem

Kaum hatte das Schweizer Volk Ja zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Oststaaten gesagt, wurde die Schweizer Regierung offiziell über den Angriff der EU auf die kantonale Steuerhoheit informiert (Schreiben vom 26.9.2005). Bis aber das Volk auch noch Ja zur Kohäsionsmilliarde stimmte (26.11.2006), wurde der Steuerangriff der EU vom Bundesrat verheimlicht. Das kommt bei den Zentralschweizer SVP-Kantonalparteien schlecht an. Sie sammeln Unterschriften.

Die EU beruft sich auf das Freihandelsabkommen von 1972. Die unterschiedlichen kantonalen Steuersysteme in der Schweiz seien «wettbewerbsverzerrend» und würden dem Freihandelsabkommen widersprechen. Das ist nichts anderes als blanker Neid. Die Schweiz darf sich nie der EU-Erpressung hingeben. Es ist nicht so, dass die SVP

plötzlich Gefallen an Steuern gefunden hätte. Im vorliegenden Fall geht es auch gar nicht um Steuern, sondern um eine Einmischung der EU in die Grundfeste der Eidgenossenschaft.

Die SVP-Kantonalparteien der Zentralschweiz (**Uri, Luzern, Zug, Obwalden, Nidwalden und Schwyz**),

welche sich in der «IG Waldstätten» organisiert haben, treten gemeinsam für die kantonale Steuerhoheit und gegen die EU-Erpressung an. Sie sammeln Unterschriften für die **Petition «Hände weg von unserem Steuersystem»**. Unterschriftenbogen können bei allen SVP-Sekretariaten der Zentralschweizer Kantone angefordert werden. An einem Stand, ganz im «Swissness-Look», an der LUGA (Luzerner Gewerbeausstellung vom 27. April bis 6. Mai 2007) werden ebenfalls Unterschriften gesammelt und die Interessierten über die Hintergründe des Steuerstreits mit der EU informiert. Die SVP der «IG Waldstätten» macht sich für die Zentralschweizer Kantone stark.

Die kantonale Steuerhoheit gehört zu den ureigenen föderalistischen Rechten. Eine Einmischung der EU in die kantonale Steuerhoheit der Schweiz kommt einer Einmischung in unsere Staatsform gleich. Durch

die Grundwerte Freiheit, Unabhängigkeit und bewaffnete Neutralität ist die Schweiz stark geworden. Der föderalistische Staatsaufbau und die direkte Demokratie gaben und geben ihr die weltweit anerkannte Stabilität. Politische Stabilität und Sicherheit ist lebenswichtig für den Finanz- und Werkplatz Schweiz. Wenn ausländische Firmen und Privatpersonen ihr Kapital lieber in der Schweiz arbeiten lassen als in der EU, muss die EU sich selber und nicht andere hinterfragen. Hohe Steuern gehören nun einmal ins Kapitel der mittelalterlichen Raubritterpolitik, verhindern den Wettbewerb und vereiteln privates Eigentum.

Die «IG Waldstätten» fordert den Bundesrat in ihrer Petition auf, die «EU-Raubritter» aus unserem Land zu vertreiben!

*Judith Übersax-Widmer
Sekretärin SVP Kanton Schwyz*

Werbung

**ÜBERSETZEN,
LEKTORIEN, REDIGIEREN**
AAREPTAN 
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

© Stephen Finn – FOTOLIA



Steuerwettbewerb hilft den Steuerzahlern

Auch in den EU-Staaten gibt es namhafte Stimmen, welche einem internationalen Steuerwettbewerb das Wort reden. So zum Beispiel der Bund der Steuerzahler in Deutschland, der als Vereinigung mit 350 000 Mitgliedern als «Finanzgewissen der Nation» in der Finanz- und Steuerpolitik Deutschlands erhebliches Gewicht zukommt. Auf Anfrage von «SVP-Klartext» nahm der wissenschaftliche Dienst des Bundes der Steuerzahler freundlicherweise zur Steuerdebatte Stellung:

«Der Bund der Steuerzahler begrüsst den Länderwettbewerb um eine optimale Besteuerung und hat auch nichts gegen den Steuerwettbewerb zwischen der Schweiz und der EU einzuwenden. Im Gegenteil, denn nur durch Wettbewerb kann dafür gesorgt werden, dass die Steuerzahler nicht über Gebühr belastet werden. Dadurch, dass es überhaupt Steuerwettbewerb gibt, können die Regierungen nicht unendlich Steuererhöhungen durch-

führen, sondern müssen sich an anderen Ländern messen lassen. Zudem gibt der Steuerwettbewerb konkreten Anstoss zu Reformen im Steuerrecht. Die derzeitige Unternehmensteuerreform in Deutschland ist allein dem Umstand geschuldet, dass Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb wettbewerbsfähig bleiben will und muss. Ansonsten würde die Politik wohl kaum eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 15 Prozent in Angriff nehmen.

Aus diesem Grund lehnt der Bund der Steuerzahler auch eine immer wieder in die Diskussion gebrachte Einführung EU-einheitlicher Steuersätze ab. Einer Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen in der EU stehen wir ebenfalls kritisch gegenüber. Aller Erfahrung nach besteht bei einer Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen die Gefahr einer Angleichung zu Ungunsten der Steuerzahler, was der Bund der Steuerzahler ablehnt.»

Nationalrat Rudolf Joder (BE), Präsident SVP Kanton Bern

Gegen die Aushöhlung der Volksrechte

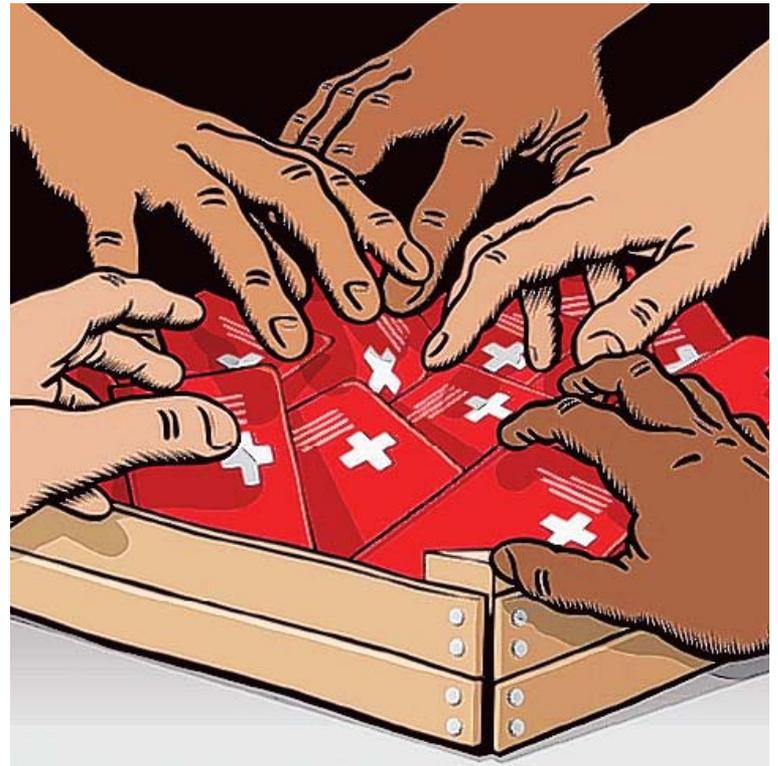
Ende März hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK) die SVP-Initiative «für demokratische Einbürgerungen» mit 16 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen gültig erklärt und anschliessend mit 13 zu 12 Stimmen beschlossen, diese zu unterstützen und dem Plenum zur Annahme zu empfehlen. Für viele kam dieser Kommissionsentscheid überraschend. Entsprechend fielen die Medienreaktionen aus. Von einem «Betriebsunfall in der Kommission» und vom «Aushebeln des Rechtsstaates» war die Rede. Man konnte sogar lesen, dass mit diesem «zutiefst unliberalen Volksbegehren der Rechtsstaat mit Füissen getreten» werde. Solche Aussagen sind klar zurückzuweisen, denn sie zeugen von mangelndem Respekt unseren Volksrechten gegenüber. Sie zeugen zudem von Unkenntnis unseres Rechtsstaates. Es war nicht verwunderlich, dass die vorberatende Kommission, insbesondere nach Anhörung von Rechtsexperten, zu ihren Entscheiden kam. Dass die Stimmbürger mit der Ausübung des Initiativrechts zum Gesetzgeber werden, ist verfassungsrechtlich vorgesehen. Jedes Volksbegehren wird nach der Einheit der Form, der Materie und der Respektierung des zwingenden übergeordneten Völker-



rechts vorgeprüft. Diese Kriterien werden allesamt von der Einbürgerungsinitiative erfüllt. Das SVP-Begehren will die Einbürgerung weiterhin als politischen Akt definieren, so wie dies hierzulande während Jahrzehnten erfolgreich praktiziert worden ist. Massgebend ist dabei der Grundgedanke, wonach bei uns die Einbürgerung – anders als im Ausland – eine Vielzahl von politischen Mitwirkungs- und Gestaltungsrechten umfasst. So ist es folgerichtig, dass insbesondere die Gemeinden, als Urzellen der Demokratie, die zuständigen Organe und das Verfahren der Einbürgerung ausdrücklich autonom und selbständig bestimmen können, wie dies mit dem SVP-Volks-

begehren verlangt wird. Genau diesen Grundsatz hat jedoch das Bundesgericht mit seiner neuen Praxis umgestossen, indem die Einbürgerung schrittweise zum reinen Verwaltungsakt degradiert wurde. Neben dem Einbürgerungsrecht geht es letztlich darum, sich gegen die Aushöhlung verfassungsmässiger

Grundsätze und der Volksrechte zur Wehr zu setzen. Es lohnt sich, dagegen anzutreten und zu kämpfen. Dies wird die SVP-Fraktion im Hinblick auf den Entscheid im Plenum des Nationalrates mit Entschlossenheit tun! Die SVP zählt dabei auf die Unterstützung aller bürgerlichen Kräfte.



ELPEX AG
 Bechtelstrasse 141 • 2540 Grenchen
 Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
 Tel. 034 426 25 00 • Fax 034 426 26 09
 E-Mail: elpex@spectraweb.ch



Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.



- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**

Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Nationalrat Hans Kaufmann (ZH)

Korrektheit ist kein Wegweiser

«Wir leben davon, dass wir jeden Tag Unkorrektes produzieren. Korrektheit ist für uns kein Wegweiser.» (Michael Ringier, Ringier-Geschäftsbericht 2005, Seite 4)

Es bedarf schon einer grossen Portion Unverfrorenheit, mit solchen peinlichen Aussagen im Prolog eines Zeitungsverlags-Geschäftsberichtes Rechenschaft über ein Geschäftsjahr abzulegen. Wenn man nun noch bedenkt, dass ein Teil des 68-Mio.-Franken-Gewinns des Ringier-Verlages 2006 nur dank staatlichen Zuschüssen an den Zeitungstransport und seitenweise Inseraten für das Sexgewerbe erzielt wurde, muss man sich als Steuerzahler fragen, ob es tatsächlich eine Staatsaufgabe sein kann, solche hochprofitablen Verlagshäuser weiterhin mit Steuergeldern zu unterstützen. Umso mehr sie doch jeden Tag «Unkorrektes produzieren».

Noch höhere Gewinne wies mit 98 Mio. Franken (+23 Prozent) im Jahre 2006 der Tamedia-Verlag aus. Auch dieser verdient mit Hunderten von Anzeigenseiten des Sexgewerbes Geld. Und auch dieser Verlag gehört zu den grössten Nutzniessern der staatlichen Beihilfen an die Zeitungstransporte. Die

NZZ vermochte ihr Gruppenergebnis 2006 von 14 Mio. auf 31 Mio. Franken zu steigern. Es dürfte übrigens kein Zufall sein, dass diese Rekordergebnisse der Schweizer Grossverlage erst unmittelbar nach der Annahme des 80-Mio.-Franken-Pressförderungs-geschenkes im Nationalrat publiziert wurden. Hätte man sie vorher bekannt gegeben, hätten vielleicht selbst die Nationalräte gemerkt, dass eine solche Förderung mit Staatsgeldern angesichts dieser Millionengewinne unnötig ist. Ein Verbot von Sexinseraten könnte als Zensur oder Einschränkung der Meinungsfreiheit ausgelegt werden. Deshalb dürfte es schwierig sein, solche zu verbieten, zumal es nicht sehr einfach ist, den gewerblichen Charakter dieser Inserate nachzuweisen. Das Mindeste, was man aber von staatlicher Seite her tun müsste, wäre eine Streichung jeglicher Unterstützungen für solche Publikationsorgane. Es ist doch keine Staatsaufgabe, den Menschenhandel und die Prostitution mit indirekten Subventionen an die Schweizer Presse zu fördern.

Von den rund 50 Mio. Franken, die an die privaten Fernsehstationen fliessen, profitieren mehrere Grossverlage, denen solche Sender gehören. Zeitungen profitieren zudem vom ermässigten Mehrwertsteuersatz von 2,4 Prozent statt 7,6 Prozent. Und einige dieser Verlage (Tagesanzeiger, NZZ, Basler Zeitung etc.) profitieren auch von «Gratismieten» im 42 Mio. Franken teuren Medienhaus des Bundes an der Berner Bundesgasse. Die Schweizer Zeitungsverlage erhalten somit eine Kumulation von staatlichen Unterstützungen, denn nebst den erwähnten Vergünstigungen soll nun auch noch die indirekte Presseförderung mittels Posttaxenverbilligung in Höhe von 80 Mio. Franken weitergeführt werden.



Diese Pressesubventionierung wurde in den 90er-Jahren gesetzlich verankert. Heute sieht das Postgesetz in Art. 15 vor, dass die Post für die Beförderung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften Vorzugspreise zu gewähren hat. Der Bund leistete der Post für die daraus entstehenden ungedeckten Kosten eine jährliche Abgeltung. Mit dem Entlastungsprogramm 2003 hat das Parlament den jährlichen Beitrag des Bundes von 100 Mio. auf 80 Mio. Franken gesenkt und auf Ende 2007 befristet. Die Presse soll nun aber weiterhin von verbilligten Posttaxen profitieren können. Die Post hat für 2006 ebenfalls ein Rekordergebnis von 837 Mio. vorgelegt. Darin enthalten sind u. a. die 80 Mio. Franken indirekte Presseförderung, welche die Steuerzahler statt die Zeitungsverlage bezahlt haben.

Wer heute aus finanziellen Gründen keine Zeitung abonnieren will, kann sich vielerorts mit Gratiszeitungen eindecken. Der Preis einer Tageszeitung kann somit kaum ein Argument für einen Transportkostenbeitrag sein. Heute kann man via Internet das gesamte Informationsbedürfnis abdecken, und vor allem kann man auf die Originalquellen zurückgreifen. Die frühmorgendliche Zustellung von Zeitungen mag in abgelegenen

Regionen zwar gelegentlich ein Problem darstellen, aber hier füllen Regionalradios und Fernsehen die Lücke. Die Medienumfrage nach der Nutzerhäufigkeit (GfS, Univox-Survey 2004) zeigt denn auch, dass der tägliche Fernsehkonsum (69 Prozent) jenen der Zeitungen (67 Prozent) sogar übertrifft und der Radiokonsum (64 Prozent) nur unwesentlich nachsteht.

Die Argumente, mit denen sich die vereinigte Schweizer Presse weiterhin von den Steuerzahlern aushalten lassen will, sind nicht stichhaltig. So wird etwa behauptet, die Lokalpressespiele in der föderalistischen Schweiz für die politische Information und Meinungsbildung eine zentrale Rolle. Wie bescheiden die diesbezüglichen Eigenleistungen z. B. im Zusammenhang mit PR-Meldungen von Behörden noch sind, hat kürzlich eine Studie des Medienforschungsinstitutes Publicom (29.1.2007) nachgewiesen. Geradezu pervers ist die Behauptung, dass dieses Modell einer indirekten Förderung die Unabhängigkeit der Presse wahre. Dies würde umgekehrt bedeuten, dass nicht subventionierte Presseorgane abhängig sind. Von einer Pressevielfalt kann in der Schweiz trotz Presseförderung schon seit Jahren nicht mehr gesprochen werden, denn es sind wenige Grossverlage, die die Szene beherrschen, angefangen bei der Sonntagspresse bis zu den Kopfblättern, mit denen Regionalzeitungen ideologisch gleichgeschaltet werden.

Das Giesskannenprinzip führte aber auch zu einer Unterstützung privater Verbands-, Genossenschafts- oder Clubzeitungen wie die Migros- und Coop- oder die TCS- und Hauseigentümer-Zeitungen. Auch diese Unternehmen oder Organisationen zählen zu den grössten Nutzniessern dieser Subventionen. Auch hier muss man sich fragen, warum die Steuerzahler spezifische Interessensgruppierungen zwangsweise finanzieren müssen.

Es ist höchste Zeit, mit diesen unsinnigen Geschenken an die Presse – hier handelt es sich tatsächlich um Steuergeschenke – aufzuräumen. Vor allem sollen Subventionen an Presseerzeugnisse mit täglichen Anzeigen des Sexgewerbes sofort eingestellt werden. Eine unabhängige Presse benötigt keine Staatszuschüsse, sonst ist sie abhängig.

© Carsten Medom Madsen – FOTOLIA



Fragen an Dr. Paul Ehinger, ehemaliger Chefredaktor des «Zofinger Tagblatts»

«Den eigenen Senf dazugeben»

SVP-Klartext: Wie haben Sie als langjähriger Chefredaktor die Veränderung der Schweizer Presse-landschaft, insbesondere den Wandel von den Parteizeitungen hin zu den so genannten «unabhängigen» Presseprodukten, erlebt?

Paul Ehinger: Irgendwie war der Wandel von der Parteizeitung zur sogenannten Forumszeitung eine logische Folge des sozioökonomischen Wandels. Und dieser zeichnete sich durch eine Entpolitisierung und eine Hinwendung zur permissiven Gesellschaft aus. Also galt es diesem Wandel Rechnung zu tragen. Indem ich etwa versuchte, eine strikte Trennung zwischen der Information (möglichst objektiv) und der Kommentierung vorzunehmen. Diese journalistische Methode wird aber mehr und mehr vernachlässigt. Bei der Kommentierung versuchen viele Redaktoren sich politisch nicht festzulegen, um keine Abonnenten zu verlieren. Ganz abgesehen reicht ihr Wissenshorizont nicht selten etwa auf ein Dezennium zurück, so dass ihnen die Kenntnisse politischer Zu-

sammenhänge und Hintergründe fehlen. Dann flüchten sie sich in die vielgelobte Recherche, in der von ideologischen Axiomen ausgehend unbedarfte Fragen gestellt werden, in der Meinung, so einen «objektiven» Journalismus zu pflegen. So kann es geschehen, dass sie nach einem halbstündigen Telefongespräch just jene Passagen veröffentlichen, die ihnen ins eigene Weltbild passen.

Wie stellen Sie sich zur staatlichen Presseförderung?

Die sollte eigentlich abgeschafft werden. Oder dann zumindest besser ausdifferenziert werden. Wenn die Presseförderung wirklich die staatspolitische Verantwortung berücksichtigen soll, dann sollten primär jene Medien davon profitieren, die gewillt sind, eine solche Verantwortung einzunehmen. Dies ist aber im Zeitalter der Boulevardisierung der Medien und der tendenziellen Vereinheitlichung des Mediensystems kaum mehr möglich.

Was geschieht auf einer durchschnittlichen Schweizer Mainstream-Redaktion, wenn ein Pressecommuniqué der SVP eintrifft?

Eine interessante Frage. Meistens erhalten die Redaktionen die Verlautbarungen in Form von bearbeiteten Agenturmeldungen der SDA oder der AP. Schon da fallen allerdings Unterschiede auf. Zum Beispiel im Umfang der Meldung. Oder in der



Titel- oder Wortwahl. Und die Redaktionen können damit sowieso machen, was sie wollen. Beispielsweise gar nicht veröffentlichen oder kürzen – oder dann ihren eigenen Senf dazugeben.

Die überwiegende Mehrheit der Zeitungen schreibt links. Die Mehrheit der Schweizer wählt aber bürgerlich. Somit produzieren die Zeitungen in der Schweiz am Markt vorbei. Wie ist das wirtschaftlich möglich?

So ist es. Wirtschaftlich ist das nur möglich, weil die Redaktionen bzw. die Journalisten sich auf die Meinungsfreiheit berufen. Da ist es für sie möglich, eine linke Meinung in einem an und für sich bürgerlichen Medium zu vertreten. Kaum ein Verleger hat den Mut, sein allenfalls liberal-marktwirtschaftliches Wert-

system durchzusetzen. Versucht er es dennoch, spielt der Mechanismus einer gewissen Solidarität der Medienzunft. Wer sich dieser widersetzt, und das ist mir einige Male passiert, gilt als schwarzes Schaf. Man wird ausgegrenzt. Und meinen Sie, ein solcher Redaktor komme je einmal für einen Journalistenpreis in Frage? Nie und nimmer. Ausser er habe, wie etwa Roger Köppel, eine Reputation erlangt, an der man nicht vorbeikommt.

Die meisten Redaktoren und Journalisten stehen politisch links. Weshalb?

Ich würde diese Haltung, die mehrmals in Umfragen nachgewiesen worden ist, primär auf einen Gruppenzwang zurückführen. Ein Redaktor, der nicht links spurt und sich den Normen der Political Correctness beugt, hat kaum Chancen, in einer Redaktion akzeptiert zu werden. Er wird in eine Rolle gezwängt, ob er diese will oder nicht, mit Häme bedacht, ja diffamiert. Das habe ich selber erlebt. Sekundär hängt es mit der Ausbildung zusammen. Die Studenten sind seit 1968 in eine Linksgravitation hineingeraten, aus der sich kaum jemand befreien kann. Dazu kommt eine linkslastige Indoktrination in der Berufsausbildung, etwa am MAZ in Luzern. Eine Analyse der dortigen Dozenten würde zu eindeutigen Schlüssen führen.

Werbung

CO₂ REDUZIEREN
Benzin / Diesel sparen
Umwelt schützen
www.bmb.li
bmb@bmb.li
079 432 33 73

Internet-Auftritte
für SVP-Kandidaten,
Ortsparteien oder KMU.
www.typo3start.ch
Schnell, einfach, günstig
und professionell.

In Flumserberg (SG)
zu verkaufen
Ferienchalet
herrliche Aussicht, ruhige Lage,
gepflegter Ausbau, schnell aus
ZH erreichbar. CHF 795'000.--
Tel. 081 735 29 86
www.sidler-immo.ch

Zur Person

Dr. Paul Ehinger wurde am 7. August 1939 geboren. Er absolvierte das Lehrerseminar Rorschach. Nach drei Jahren Schuldienst immatrikulierte er sich an der Universität Zürich, wo er 1970 als Dr. phil. I in Geschichte und Soziologie mit einer Diss über die Frühformen des st.-gallischen Liberalismus promovierte. 1977 erfolgte der Einstieg in den Journalismus. 1988 bis 2003 war er Chefredaktor des «Zofinger Tagblatts».

Kantonsrätin Barbara Steinemann (ZH)

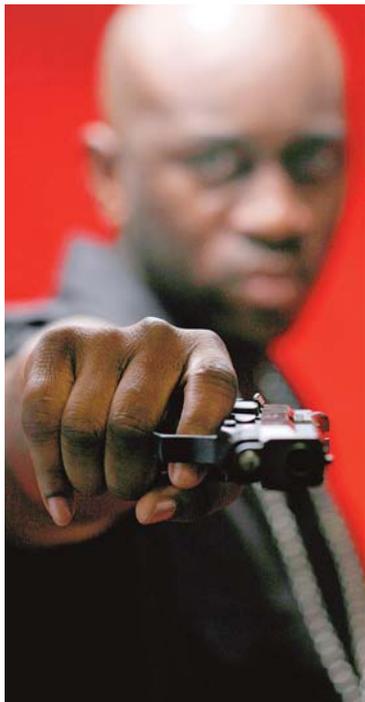
Sozialdemokratische Variante der Verwahrung

Einem Bericht des Zürcher Amtes für Justizvollzug entnehmen wir, dass die dortige Führung sich einmal mehr gemüssigt fühlt, ihre Praxis betreffend Hafturlaub von Gemeingefährlichen wohlwollend zu überarbeiten.

Die Strafanstalt Pöschwies in Regensdorf beherbergte vor einem Jahr zeitweise vier Verwahrte, welche in den Genuss des so genannten offenen Vollzuges kamen, weiteren unbegleitete Hafturlaube gewährt. Verwahrung und Vollzugslockerungen? Gestützt auf Gutachten richterlich und damit rechtsstaatlich festgestellte Gemeingefährlichkeit und dann gelockerte Haftbedingungen und unbegleitete Hafturlaube? Für manchen Menschenverstand ein Widerspruch in sich und zudem ein gefährliches gutmenschliches Experiment, für die durch und durch sozialdemokratische Verwaltung der Zürcher Justizdirektion jedoch kein Problem, auch nicht nach zwei Pannen.

Bekanntlich bescherten zwei dieser vier Verwahrten mit gelockerten Haftbedingungen peinliche Schlagzeilen: Im April 2006 erwischte die Polizei den einen beim Herunterla-

© Emin Kulyiyev – FOTOLIA



den von kinderpornografischem Material in einem Internetcafé. Der andere, ein Serientäter, hatte in zwei unbegleiteten Hafturlauben zwei Prostituierte zu vergewaltigen versucht, nachdem ihm ein Mitarbeiter der Pöschwies mit fast unglaublicher Naivität zu einer Identitätskarte verholfen hatte. Am Entscheid, ob diesem trotz Verwahrung Urlaub gewährt werden soll, waren zehn so genannte Experten und Spezialisten beteiligt; ganz grundsätzlich kommt den Steuerzahler kaum eine andere Personengruppe so teuer zu stehen. Verwahrte sind eigentlich per Definition gemeingefährlich. Darüber hinaus können sie regelmässig beim Richter in Übereinstimmung mit rechtsstaatlichen Prinzipien die Aufhebung beantragen – das kennen wir von der Verwahrungsinitiative. Im diametralen Widerspruch dazu hält aber die Verlautbarung des Amtes für Justizvollzug des Kantons Zürich zu den nach ihrem peinlichsten Fall vom letzten Herbst getroffenen Massnahmen fest: «Die gültigen Standards zur Abwicklung von Urlauben bei als gemeingefährlich eingestuft Personen wurden überprüft und ergänzt.» Will heissen: Noch mehr Spezialisten laborieren an der Aufgabe, in noch teureren Abklärungen mit noch komplizierteren Verfahren weitere Insassen in einem therapeutischen Dauerauftrag auf deren Urlaubstauglichkeit hin zu prüfen.

Rechtsperversion

Es ist eine Rechtsperversion sondergleichen, wenn der Staat verwahrte Gewalt- und Sexualstrafäter von einem gelockerten Vollzug profitieren lässt und dabei ein Delikt an einem Menschen in Kauf nimmt, bloss weil man sie nicht dem Leben ausserhalb der Gefängnismauern



entfremden will. Der Bericht schliesst mit den Worten «Dennoch ist einmal mehr darauf hinzuweisen, dass es die absolute Sicherheit oder das Nullrisiko bei der Reintegration von straffälligen Menschen in die Gesellschaft nicht gibt». Bei gewöhnlichen Strafgefangenen, welche nach Verbüsung der Strafe entlassen werden müssen, mag dies stimmen, bei Verwahrten eben genau nicht. Die finanziell und personell gut dotierte

zürcherische Gefängnispsychiatrie erhebt stets einen Qualitätsanspruch, verweist aber für Rückfälle einfach auf das so genannte Restrisiko. Ein Schlag ins Gesicht aller Opfer und ihrer Angehörigen: Verwahrte gemeingefährliche Täter werden in teure Therapien geschickt, um sie nachher auf die Gesellschaft loszulassen in der Hoffnung, dass schon nichts passiert.

Die SVP macht die Kantone für die Gewährung von Ausgang (begleitet oder unbegleitet) von verwahrten Personen verantwortlich. Wenn verwahrte Vergewaltiger oder Mörder im Ausgang rückfällig werden, sind künftig nicht nur die Richter oder Therapeuten zur Verantwortung zu ziehen, die sich dummerweise geirrt haben, sondern es haben die Justizdirektoren der jeweiligen Kantone persönlich die Konsequenzen zu tragen. Dafür wird sich die SVP einsetzen. (red.)

Werbung

041 971 01 67

GEOBOHR.ch

Hofmattweg 12 | 6142 Gettnau

Erdsondenbohrungen mit erfahrem Bohrteam, bis zu 300m Tiefe. Neustes Bohrgerät (Klemm). Kurzfristige Termine möglich.

Tel. 041 493 16 22 od. 041 971 01 67 Mobile 079 483 78 73
 Fax 041 493 17 22 www.geobohr.ch

Sabina Geissbühler-Strupler, Mutter, Grossmutter, Autorin und Nationalratskandidatin (BE)

Bedürfnisse der Kinder im Vordergrund

Immer wieder werden andere europäische Länder und deren vorbildliche Tagesstrukturen zitiert, alles bezahlt mit Steuergeld. Die Abgabequote liegt gemäss einem Bericht der OECD in Deutschland bei 40, in Frankreich bei 45 und im viel gepriesenen Schweden bei 55 Prozent. Diese hohen Abgaben (Steuern, Sozialabgaben) zwingen beide Elternteile dazu, hundert Prozent ausser Haus zu arbeiten. Dies bedeutet, dass die Eltern, sobald der Mutterschaftsurlaub vorbei ist, viel weniger Zeit für die Kinderbetreuung aufwenden können, als dies bei uns üblich ist.

Für das Wohl unserer Familien ist es wichtiger, dass die Abgabequote (35 Prozent) nicht steigt, damit möglichst viele Eltern die ausserhäusliche Arbeitszeit reduzieren können, um ihre Kinder zu erziehen und die Bereicherung, welche Kinder mit sich bringen, zu geniessen. Der Aufbau einer engen Beziehung zu unseren Kindern ist zeitintensiv und erfordert unsere Teilnahme an ihrem Leben auch im Jugendalter. Der Verzicht auf Ferien und andere Annehmlichkeiten wiegt die interessante Familienzeit auf.

Da die SVP für eine Politik der Eigenverantwortung und zum Wohle der Familie eintritt, dürfen wir unsere Kinder und ihre Erziehung nicht dem Staat überlassen, sondern jede Familie soll eigenverantwortlich entscheiden, wie die Erziehungsarbeit zum Wohle des Kindes organisiert werden kann. Auch soll der Alltag, vor allem des Vorschul- und Unterstufenkindes, so gestaltet werden, dass er auf die Mehrheit der Kinder dieser Altersstufe abgestimmt ist. Eine Schulorganisation, welche sich weitgehend auf die Befriedigung von Elternanliegen stützt, wird früher oder später zum Scheitern verurteilt sein. Blockzeiten, wie sie derzeit in vielen Kantonen der Schweiz eingeführt werden, führen bei vielen Kindern (vor allem im Kindergarten) zu Überforderung und Stress. Sowohl das frühe Einordnen der Kinder in den Arbeitsrhythmus der Erwachsenen wie auch die Gruppengrösse, welche überhaupt nicht dem natürlichen Sozialisationsprozess gerecht wird, schaden der gesunden Entwicklung des Kindes. Bei solch langen Präsenzzeiten (von ca.



8 bis 12 Uhr) geht die Konzentration verloren. Nicht selten führt dies zu Aggressionen oder zu Müdigkeit und Apathie. So beklagen Kinderärzte und -psychologen eine drastische Zunahme typischer Erwachsenenleiden schon bei Kleinkindern (Schlafschwierigkeiten, Essstörungen und Depressionen).

Eine Studie von Isopublic von 2005, bei welcher Schweizer Familien befragt wurden, gibt dem Anliegen, die eigenverantwortliche Betreuung der Kinder zu fördern, Recht. **Mehr als 70 Prozent der befragten Schweizer Familien betreuen ihre Kinder nämlich familienintern und finden dies gut so.** Bei diesen Familien sind sowohl die Kinder wie die Eltern zufriedener und **seltener krank** als die Eltern und Kinder, welche eine familienexterne Betreuung in Anspruch nehmen. Das Resultat wurde von den Studienbeauftragten mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Seither scheint es, als ob die Studie der Öffentlichkeit absichtlich vorenthalten würde.

Wenn Mütter denken, sie könnten keine Kinder haben und normal weiterarbeiten, wird fast immer vergessen, dass damit das Kind zu wenig Geborgenheit und Zuwendung erhält und die Erziehungsarbeit vernachlässigt wird. Die Folgen für die Kinder, aber auch für die Lehrpersonen und Lehrmeister, sind in unserer Gesellschaft offensichtlich. Damit die vernachlässigten Kinder ihre Defizite aufarbeiten können, erhalten sie unzählige Förder- und heilpädagogische Massnahmen, die natürlich von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen. Eine ältere Studie von Prof. R. Girod (Universität Genf) zeigt deutlich die Zusammenhänge zwischen kindlicher Entwicklung und Erziehung auf: Unabhängig von Beruf und Einkommen der Eltern schnitten bei einem Test mit tausenden von Rekruten im Lesen, Schrei-

ben und Rechnen diejenigen am besten ab, von denen im Vorschulalter ein Elternteil keiner ausserhäuslichen Berufstätigkeit nachging.

Die finanzielle Belastung einer Familie mit drei Kindern hat sich zwischen 1990 und 2006 praktisch verdoppelt. Wenn man bedenkt, dass ein familienexterner Krippenplatz rund 100 Franken am Tag kostet, sind die heutigen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für zuhause erziehende Mütter eine Farce. Deshalb setzt sich die SVP dafür ein, dass die Pauschalabzüge (Kinderabzüge) bei den Kantons- und Bundessteuern massiv erhöht werden. Nationalrätin Jasmin Hutter forderte in einem Vorstoss einen pauschalen Sozialabzug bei den Steuern von 20 000 Franken für das erste Kind oder 30 000 Franken für zwei und mehr Kinder. Dieser Vorschlag trifft den Nagel auf den Kopf.

Die Eltern können sich mit den frei werdenden Mitteln entscheiden, ob sie ihre Kinder in eine selber bezahlte Krippe geben, ob sie in der Nachbarschaft oder Verwandtschaft einen gegenseitigen Hütedienst organisieren oder ob sie selber eine Kinderbetreuungsphase einschalten wollen.

© Brian Mcintire – FOTOLIA



Nationalrat Ernst Schibli (ZH)

Weniger Vorschriften – mehr Handlungsfreiheit

Seit Jahren wird den Schweizer Bauern weisgemacht, dass sie, um konkurrenz- und wettbewerbsfähiger zu werden, unternehmerischer denken und handeln müssten. Die Bauernfamilien nehmen diese Herausforderung ernst und tragen mit Strukturanpassungen, Effizienz, Flexibilität und mehr Produktivität entscheidend zum weltweit günstigsten Nahrungsmittelkorb für die Schweizer Konsumenten bei. Der ständig wachsende staatliche Vorschriftendschungel verhindert aber, dass die Handlungsfreiheit, als wichtiges Handlungsinstrument im Markt, überhaupt zum Tragen kommt.

Trotz enormen Produzentenpreissenkungen in den letzten 15 Jahren sind die Nahrungsmittel für die Konsumenten an der Ladenkasse massiv teurer geworden. Die Bauernfamilien versuchen mit Innovation, mehr Leistung und Produktivitätssteigerungen den völligen Einkommenserfall zu stoppen. Die ständig wachsende staatliche Regulierungsdichte aber ist dafür verantwortlich, dass sich die unternehmerische Komponente in der Nahrungsmittelproduktion völlig ungenügend entwickeln kann.



Wir brauchen nicht gleich lange, sondern längere Spiesse

Im Vergleich mit grossen Agrarstaaten ist die Schweizer Landwirt-

schaft kleinstrukturiert, topographisch benachteiligt und hat in einem hohen Kostenumfeld zu bestehen. Die engmaschigen Vorschriften schränken den Handlungsspielraum zusätzlich ein. Sie torpedieren den Aufbau eines wett-

bewerbs- und konkurrenzfähigen Agrarproduktionssektors. Dabei sollten den Schweizer Bauernfamilien, aufgrund der Standortnachteile, die längeren Spiesse zur Verfügung stehen als den Mitbewerbern ausserhalb unserer Grenzen, um gleichwertig auftreten zu können. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die verantwortlichen Instanzen den längst überfälligen Vorschriftenabbau an die Hand nehmen und zügig vorantreiben. Profitieren werden nicht nur die Landwirte, sondern ganz bestimmt auch die Konsumenten und somit die ganze Gesellschaft.

Qualität der Vorschriften, nicht Quantität entscheidend

Die staatliche Tätigkeit und die Einflussnahme haben sich im übrigen

Gemeindegebiet (Landwirtschaftszone) auf die Kernaufgaben zu beschränken. Der Verfassungsauftrag, Art.104 BV, bildet die Grundlage dafür. Die Rahmenbedingungen zum Schutz der Landschaft und zur Tier- und Nahrungsmittelproduktion müssen einfach, transparent und kostengünstig sein. Unnötige bürokratische, produktions- und unternehmerfeindliche Vorschriften sind abzuschaffen. Damit wird der Freiraum für die Weiterentwicklung eines innovativen und leistungsfähigen Bauernstandes geschaffen.

Handlungsfreiheit stärkt die innere Sicherheit

Weltweit gibt es keine Landwirtschaft, die ohne staatlichen Schutz bestehen kann. Denn die Versorgungssicherheit ist eine ganz zentrale Aufgabe jeder Volkswirtschaft. Leistungsfähige Betriebe sind dort anzutreffen, wo minimale staatliche Auflagen bestehen und der Handlungsspielraum unternehmerisches Flair ermöglicht. Dies gewährleistet aktive, zukunftsorientierte Bauernbetriebe und eine gesicherte Nahrungsmittelversorgung im eigenen Land.



SVP-Diskussionsforum im Internet

Das Diskussionsforum der SVP wird täglich von Tausenden besucht. Diskutieren auch Sie in einem der grössten Diskussionsforen zu politischen Themen der Schweiz. Sie können unregistriert teilnehmen oder sich bei der SVP-Community registrieren. Als Mitglied der SVP-Online-Community bekommen Sie Zugriff zum SVP-Chat und können sich dort mit anderen Mitgliedern zum Chatten verabreden. Im Wahljahr organisieren wir so genannte Promi-Chats mit bekannten SVP-Politikern.

Gehen Sie also ins Diskussionsforum der SVP auf www.svp.ch und registrieren Sie sich noch heute. Es lohnt sich.

Nationalrat Toni Brunner, Wahlkampfleiter

Jetzt geht's los!

Die SVP will bei den Wahlen vom 21. Oktober 2007 100 000 neue Wählerinnen und Wähler dazugewinnen. Wenn alle 85 000 Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der SVP eine neue Wählerin oder einen neuen Wähler an die Urne bringen, wird das Ziel erreicht. Davon sind wir überzeugt. Hand aufs Herz, jeder kennt in der eigenen Familie noch jemanden, der vor vier Jahren nicht SVP gewählt hat oder gar nicht wählen ging.

Im Mai nehmen wir einen **Internet-Auftritt** in Betrieb, auf dem Sie buchstäblich miterleben können, wie die SVP wächst. Auf www.svp-wahlen.ch können Sie sich demnächst selber eintragen und mitteilen, warum Sie SVP wählen oder im Herbst zum ersten Mal SVP wählen werden. Schreiben Sie, wie Sie aktiv im Wahlkampf helfen, die SVP noch bekannter zu machen. Wir suchen jede Woche die SVP-Werberin

oder den SVP-Werber und stellen diese im Internet vor. Ebenfalls suchen wir auf www.svp-wahlen.ch nach immer neuen Menschen, die sich entgegen allen gesellschaftlichen Trends entschlossen haben, Mitglied einer Partei, nämlich der SVP, zu werden. In der Internet-Meckerecke freuen wir uns über Ihre Ideen und Erlebnisberichte. Ebenfalls im Mai erhalten alle SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten sowie die Sektionen eine CD-ROM für den Wahlkampf 2007. Das so genannte **CD-Manual** beinhaltet die wichtigsten Positionsbezüge der SVP, Musterpräsentationen, Checklisten, Leserbriefvorlagen, Tipps für die Medienarbeit und alle Logos etc.

Ihre Mithilfe, liebe Leserinnen und Leser von «SVP-Klartext», ist im Wahlkampf entscheidend. Mit Ihrem Engagement tun Sie der Schweiz etwas Gutes. Dafür sagen wir Danke schön.



- Expl. Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn! Fr. 25.–
- Expl. Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben! Fr. 79.–
- Expl. Sitzungsmappe schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung Fr. 49.–
- Expl. Pin ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück Fr. 7.–
- Expl. Poloshirt dunkelblau weiss / Grösse (S, M, L) Fr. 40.–
- Expl. Post-it Block à 50 Blatt Fr. 2.–
- Expl. Offiziersmesser Original-Victorinox Fr. 20.–
- Expl. Kleber Bogen à 35 Kleber Fr. 6.–
- Expl. Jass französisch Deutschschweizer Fr. 3.–
- Expl. Ballone Sack à 50 Stück Fr. 40.–
- Expl. Kugelschreiber Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
 Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
 per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Aus Baden wurde Bagdad

Ein eingebürgerter Iraker läuft in Baden Amok. Die Reaktion der Medien? Die Tatwaffe (ein Sturmgewehr) wird zum Skandal gemacht – bis sogar die ständerätliche Kommission nachgibt und die Taschenmunition ins Zeughaus verbannen will. Keine Waffe aber schießt von selbst. Der Täter ist das Problem. Deshalb müsste dringend über Ausländergewalt und Einbürgerungen diskutiert werden. Es ist doch absurd: Ein Iraker mordet und als Reaktion darauf sollen die Schweizer Wehrmänner entwaffnet werden.

Hotel Alpenblick Fieschertal
 Wellness-Hallenbad
 Sauna-Dampfbad-Whirlpool

SVP-HIT

Mit diesem Gutschein übernachten Sie zum SVP-Spezialpreis von: **Fr. 50.-** pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbuffet
 - Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701680 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Miss- brauch

STOPPEN

***IV-Revision* JA**



Die Partei des Mittelstandes

PC 30-8828-5